



80 Jahre nach 1939

Ein Ort der Begegnung, um an Krieg und Besatzung zu erinnern

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung. Am 1. September 2019 jährt sich der Überfall Deutschlands auf Polen zum 80. Mal. Gleichzeitig ist das Bewusstsein über den besonderen Charakter des deutschen Besatzungs- und Vernichtungsregimes in Polen zwischen 1939 und 1945 heute bei uns in Deutschland noch nicht hinreichend ausgeprägt.

Deutschland und Polen pflegen heute besondere freundschaftliche Beziehungen. Wirtschaftlich und kulturell sind beide Länder eng verbunden: Deutschland ist Polens größter Handelspartner, es gibt hunderte Städtepartnerschaften, umfangreichen Austausch zwischen Regionen, Schul- und Hochschulkooperationen und enge Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Nirgendwo ist Deutsch als Fremdsprache so populär wie in Polen. Auch auf zwischenmenschlicher Ebene sind die Beziehungen ebenfalls sehr intensiv und so werden jährlich hunderte deutsch-polnische Ehen geschlossen. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, da die deutsch-polnische Geschichte über Jahrhunderte davon geprägt ist, dass Deutsche Polen immer wieder bekriegen, beherrschen, unterjochen oder sogar vernichten wollten. Noch heute denken viele Menschen in Polen beim Blick auf Deutschland auch an die Geschichte der Teilungen des eigenen Staates oder die Versuche der Prussifizierung bzw. Germanisierung, die in den vergangenen Jahrhunderten stattfanden. Im Zentrum der Debatte über die deutsch-polnische Geschichte steht jedoch die Zeit zwischen 1939 und 1945.

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg und damit die Umsetzung grausamster, rassenideologischer Vernichtungspolitik. Eine Voraussetzung für diesen Angriffskrieg war die im kurz zuvor geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt vereinbarte vierte Teilung Polens. Die militärische Kapitulation wurde auch durch den zur deutschen Invasion hinzukommenden Einmarsch Stalins in Polen erzwungen.

Schon in den ersten Kriegstagen zeigte sich, dass die Nationalsozialisten Polen nicht nur als Staat auslöschen wollten. Todesschwadronen begannen sofort nach dem Einmarsch mit der lange vorbereiteten „Intelligenzaktion“, der zehntausendfachen Ermordung von Bürgerinnen und Bürgern der zweiten polnischen Republik. Betroffen waren hochrangige



Vertreter polnischer Politik und Intelligenz, Lehrer, Ärzte, Priester und politisch Andersdenke – unter ihnen viele Menschen jüdischen Glaubens. Sofort begann auch eine Kriegsführung der Wehrmacht, die nicht nur auf einen militärischen Sieg, sondern auf eine dauerhafte Aneignung des Territoriums gerichtet war. Diese Kriegsführung war von Anfang an von zahllosen Kriegsverbrechen gegen Orte wie Wieluń oder Częstochowa und illegalen Exekutionen tausender polnischer Zivilisten geprägt. Bald begann die systematisch geplante Vertreibung von Menschen aus den Gebieten, die dann vom Deutschen Reich annektiert wurden. Vor allem aber wurde das Gebiet Vorkriegspolens von den Nationalsozialisten wenig später zu dem Ort gemacht, an dem sie in deutschen Vernichtungslagern den fabrikmäßigen Massenmord an den europäischen Juden durchführten und auch Millionen Jüdinnen und Juden ermordeten, die Bürgerinnen und Bürger des polnischen Staates gewesen waren.

Das multiethnische Polen war ab dem 1. September 1939 das Gebiet, auf dem die Nationalsozialisten alle Komponenten ihres rassenideologischen Vernichtungskrieges, ihrer grausamen Besatzungspolitik, ihrer rassistischen Lebensraumideologie, ihren eminenten Antisemitismus und auch Antislawismus erstmals in vollem Umfang umsetzten. Das Gebiet der zweiten polnischen Republik wurde zudem als Versuchslabor für die Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschlands im Osten missbraucht. Die physische Entfernung polnischer Menschen aus den bald annektierten Gebieten einerseits und die Unterjochung, Ausbeutung, Verschleppung und Versklavung der Polen in den Gebieten des späteren Generalgouvernements andererseits, waren von Beginn an Ziel und zentraler Bestandteil der Idee des Kriegs gegen Polen. Todesmutig leisteten Millionen Polinnen und Polen dagegen Widerstand. Hunderttausende kämpften auch in den Armeen der Alliierten für den Sieg über Hitler. Ebenso viele bezahlten diese Opferbereitschaft mit ihrem Leben.

Dass sich wenige Jahrzehnte nach dem Kriegsende zwischen Deutschland und Polen unsere Versöhnungsgeschichte entwickelte, grenzt an ein Wunder. Die polnischen Bischöfe streckten 1965 in ihrem Brief an die deutschen Amtsbrüder mit dem Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ die Hand an die Nation der Täter aus. Es folgten auch aus der polnischen und den deutschen Zivilgesellschaften wertvolle Impulse und Initiativen zur Versöhnung und Verständigung zwischen Menschen in Polen und beiden deutschen Staaten. Polen und polnisch stämmige Bürger in Deutschland, Vertreter der deutsche Minderheit und Deutsche in Polen, ebenso wie Aussiedler und Vertriebene, deren verschiedene Schicksale in Erinnerung bleiben, gehören zu wichtigen



Brückenbauern zwischen beiden Ländern und Kulturen. Nach 1989 taten auch die ersten demokratischen Regierungen Polens viel für die Versöhnung mit Deutschland. So wären die deutsche Einheit und die Integration des geeinten Deutschlands in europäischen Strukturen ohne den Mut und den Willen unseres östlichen Nachbarn, welcher die eigene europäische Integration in Übereinstimmung mit der deutschen Einheit sah, nicht möglich gewesen.

Heute schauen wir in eine gemeinsame friedliche Zukunft. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass ein ausgeprägtes deutsches historisches Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte auch Grundlage unserer guten Beziehungen ist. Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung und das Gedenken an den deutschen Vernichtungskrieg gegen Polen und die nationalsozialistische Besatzung lebendig zu halten und der Erinnerung Raum zu geben. Aus diesem Anlass soll an prominenter Stelle in Berlin ein geeigneter Ort gefunden werden, der den Opfern des Krieges und der Besatzung in Polen gewidmet ist. Er sollte mit einem geeigneten Konzept der Erinnerung, Aufklärung und vor allem auch der Verständigung und dem Abbau von Vorurteilen dienen. Wir stellen uns darunter auch einen Ort der Begegnung und Auseinandersetzung vor, der Deutsche und Polen zusammenbringt und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt. Hierzu sollten 2019 – achtzig Jahre nach dem Überfall auf Polen – seitens der deutschen Politik entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht werden.

1. Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Paul Ziemiak (CDU/CSU)
3. Dietmar Nietan (SPD)
4. Thomas Nord (DIE LINKE)
5. Alexander Müller (FDP)